



Die Bevollmächtigte beim Bund und für Europa

# **EU-INFORMATIONEN**

**Aktuelles aus Brüssel und Bremen**

**Ausgabe 6      September 2013**

**[www.europa.bremen.de](http://www.europa.bremen.de)**

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles .....	1
<b>Kommissionspräsident Barroso zur „Lage der Union“ .....</b>	<b>1</b>
Beschäftigung, Soziales und Integration .....	2
<b>Legale Arbeit statt Schattenwirtschaft .....</b>	<b>2</b>
<b>Jugendarbeitslosigkeit und Jugendgarantie .....</b>	<b>2</b>
<b>Vorschläge zur Frauenquote.....</b>	<b>4</b>
Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung .....	4
<b>Neuer Monitoringbericht zum 7. EU-Forschungsrahmenprogramm .....</b>	<b>4</b>
<b>Erfolgreiche Positionsbestimmung mit Galileo .....</b>	<b>5</b>
<b>Innovationshauptstadt – iCapital – gesucht.....</b>	<b>6</b>
<b>Gutachterinnen im Forschungsrahmenprogramm – Neue Zahlen veröffentlicht .....</b>	<b>7</b>
<b>Europäische Technologieplattformen: Neues Arbeitsdokument.....</b>	<b>7</b>
Umwelt und Energie .....	8
<b>Kommission schlägt Maßnahmen zum Schutz vor invasiven gebietsfremden Arten vor.....</b>	<b>8</b>
Gesundheit und Verbraucherschutz .....	9
<b>EU verbessert Pandemien-Frühwarn- und Reaktionssystem .....</b>	<b>9</b>
<b>Tabakrichtlinie: Jugendschutz und Kennzeichnungspflicht.....</b>	<b>10</b>
<b>Verhandlungsstand über die Medizinprodukte-Verordnung .....</b>	<b>10</b>
<b>Neue Informationspflicht bei Kosmetika in Kraft.....</b>	<b>11</b>
<b>Neues Symbol auf Beipackzetteln und Medikamenten.....</b>	<b>12</b>
Bildung und Jugend.....	12
<b>EU-Wettbewerb „Jvenes Translatores“ .....</b>	<b>12</b>
<b>Initiative „Die Bildung öffnen“ – Vermittlung digitaler Kompetenzen an Schulen und Hochschulen.....</b>	<b>13</b>
Bremen und Europa .....	14
<b>Von „Lissabon“ bis „Währungskrise“ – Die Europäische Union erfolgreich vermitteln! Fortbildung für Politiklehrer/-innen an Schulen im Land Bremen .....</b>	<b>14</b>
<b>Fortbildung für Lehrkräfte an Bremer Schulen (Sek. 1) „CEuS macht Schule“: Ein Bremer Projekt für mehr Europa im Unterricht .....</b>	<b>14</b>

## Institutionelles

### Kommissionspräsident Barroso zur „Lage der Union“

Am 11. September hielt der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso in Straßburg seine mit Spannung erwartete Rede zur „Lage der Union“. Er betonte vor allem die Entwicklung der EU seit Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise vor fünf Jahren. Durch gemeinsame europäische Anstrengungen sei es gelungen, dass kein Land den Euro-Währungsraum verlassen musste. Vielmehr werde die Euro-Zone im nächsten Jahr durch den Beitritt Lettlands um ein Mitglied erweitert. Insbesondere europäische Garantien in Höhe von 700 Mrd. €, eine grundsätzliche Reformierung des Finanzsektors und eine Verbesserung der fiskal- und wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit seien zentrale Maßnahmen für diese positive Entwicklung gewesen.

Neben dem Lob für das Erreichte wies Barroso jedoch darauf hin, dass die Krise noch nicht überwunden sei und warnte vor Passivität. Größtes und drängendstes Problem sei die hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit. Der Fokus europäischer Politik sei daher auf Wachstum und Beschäftigung zu richten. Prioritäten hierbei seien die Schaffung der Bankenunion, die Regulierung des Finanzsektors sowie die Einigung auf den Mehrjährigen Finanzrahmen und dessen Umsetzung. Auch die Ausnutzung des vollen Potenzials des Binnenmarktes, vor allem im Hinblick auf Unterstützung von Wissenschaft und Forschung sowie die Schaffung von finanzpolitischen Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen seien essentiell.

Barroso wiederholte außerdem seine Forderung nach Schaffung einer politischen Union. Nur durch eine Stärkung des institutionellen Gefüges der EU könne die Wirtschafts- und Währungsunion für die Bürgerinnen und Bürger glaubwürdig sein.

Gleichzeitig unterstrich Barroso den Wert des Subsidiaritätsgrundsatzes und stellte fest: „Nicht alles muss auf europäischer Ebene gelöst werden.“ Europäische Gesetzgebung dürfe nicht die nationalstaatliche Souveränität untergraben. Deswegen müsse sich die EU „in großen Fragen stark engagieren und in kleinen Fragen zurückhalten“.

Letztendlich betonte der Kommissionspräsident erneut den Wert europäischer Solidarität, speziell im Hinblick auf die soziale Dimension der EU, welche im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ gestärkt werden solle. Europäische Probleme und Herausforderungen seien interdependent und kein Land autark. Er merkte an: „Europa ist nicht die Ursache des Problems, Europa ist Teil der Lösung“, weshalb es insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik europäischer Lösungen bedürfe.

Die Rede im Wortlaut: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-13-684\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-684_de.htm)

## Beschäftigung, Soziales und Integration

### Legale Arbeit statt Schattenwirtschaft

Mit einer verstärkten Kooperation zwischen den Steuer- und Sozialbehörden soll zukünftig in den Mitgliedstaaten die Schwarzarbeit stärker eingedämmt werden. Hierzu leitete die Europäische Kommission eine Befragung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu möglichen EU-Maßnahmen ein. Damit verspricht sich EU-Sozialkommissar László Andor zukünftig eine verbesserte Zusammenarbeit auf EU-Ebene, um so unangemeldete Erwerbstätigkeit unattraktiver zu machen.

Mit der nun eingeleiteten Befragung der Sozialpartner will die Kommission ihre politischen Ziele zur Bekämpfung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit leichter umsetzen. Dabei soll die Umwandlung von informellen zu regulären Beschäftigungsverhältnissen auch zum Abbau der Arbeitslosigkeit und der Erhöhung von Steuereinnahmen beitragen. Die Kommission forderte bereits in ihren 2012 vorgelegten Maßnahmen zur Beschäftigung eine stärkere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit und schlug auf EU-Ebene ein Forum für Arbeitsaufsichts- und andere Durchsetzungsbehörden vor, um so effektiver gegen Schwarzarbeit vorgehen zu können.

Im Rahmen der Befragung konnten sich Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen bis zum 20. September beteiligen und ihre Erfahrungen und Forderungen einbringen.

Pressemitteilung der Kommission: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-650\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-650_de.htm)

### Jugendarbeitslosigkeit und Jugendgarantie

Vor dem Hintergrund der EU-weit besonders hohen Erwerbslosenquote in der Altersgruppe der 15- bis 24-jährigen EU-Bürgerinnen und -Bürger strebt die EU eine Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit und eine höhere Beschäftigungsquote, insbesondere für junge Menschen, in ihren Mitgliedstaaten an:

- Etwa 6 Mio. junge Menschen waren in der EU-27 im März arbeitsuchend gemeldet.
- Etwa 7,5 Mio. junge Europäerinnen und Europäer zwischen 15 und 24 Jahren gehören der Gruppe der NEETs (not employed, not in education and not in training) an, befinden sich also weder in einem Beschäftigungsverhältnis noch in einer Ausbildungs- oder Trainingsmaßnahme.
- EU-weit findet jeder fünfte junge Mensch keinen Job, in Spanien und Griechenland sogar jeder zweite.
- In den letzten vier Jahren fiel die Beschäftigungsrate bei Jugendlichen um das Dreifache der Gruppe der Erwachsenen (25+).

- Es besteht eine große Lücke zwischen den Staaten mit der niedrigsten (Deutschland und Österreich bei ca. 7,6 %) und der höchsten Jugendarbeitslosigkeit (Griechenland: 59,1 %; Spanien: 55,9 %; Italien: 38,4 %; Portugal: 38,3 %) in Europa.

Die Europäische Kommission hat bereits im Dezember 2012 ein Maßnahmenpaket für die Jugendbeschäftigung (Beschäftigungsinitiative) vorgelegt, mit dem den stark betroffenen Mitgliedstaaten geholfen werden soll, die Beschäftigungszahlen unter den Jugendlichen zu erhöhen, verbunden mit der Empfehlung, eine so genannte Jugendgarantie einzuführen. Mit der **Jugendgarantie** sollen jedem Jugendlichen (bis 25 Jahre) innerhalb von vier Monaten nach Vollendung der Ausbildung oder nach Beginn der Arbeitslosigkeit eine Arbeitsstelle, weitere Ausbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen oder ein Praktikum angeboten werden können. Hierdurch soll dem EU-weiten Missverhältnis von Qualifizierungsangeboten und -nachfrage begegnet werden.

Im Februar 2013 erfolgte die politische Einigung im Rat zur **Beschäftigungsinitiative für junge Menschen**. Die formelle Annahme der Beschlüsse fand im Europäischen Rat am 22. April 2013 statt. Im Kern wurden damit für den Zeitraum 2014-20 Mittel in Höhe von 6 Mrd. € bereitgestellt. Die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen soll dabei besonders den bis zu 25-jährigen zugute kommen, die sich weder in einer Ausbildung befinden noch einen Arbeitsplatz haben und in Regionen der Union wohnen, in denen die Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2012 über 25 % lag. Im Mittelpunkt steht die Integration dieser jungen Menschen in den Arbeitsmarkt.

Auch der Europäische Rat im Juni befasste sich nochmals mit der Jugendarbeitslosigkeit und beschloss das so genannte „**Frontloading**“, mit dem sichergestellt werden soll, dass die für die Beschäftigungsinitiative 2014-2020 eingestellten Mittel im EU-Haushalt bereits in den ersten beiden Jahren, ab dem 1. Januar 2014, abgerufen werden können.

Im Juli 2013 lud die Bundesregierung Kommissionspräsident José Manuel Barroso und László Andor, Kommissar für Beschäftigung und Soziales, zusammen mit 20 EU-Staats- und Regierungschefs, Arbeitsministern und Leitern der nationalen Arbeitsagenturen ein, um sich über Erfahrungen und Strategien bei der Jugendbeschäftigung auszutauschen. Bestehende Initiativen und zukünftige Strategien wurden auf dieser Konferenz nochmals vorgestellt.

Kritisiert wurde die relativ geringe Mittelausstattung der Beschäftigungsinitiative, da diese zudem aus Teilen der bestehenden Haushaltslinie im gekürzten MFR (Mehrjährigen Finanzrahmen) besteht. Lediglich der Eigenanteil der Ko-Finanzierung (3 Mrd. €) wird nunmehr aus einer neu geschaffenen Haushaltslinie bereitgestellt und entlastet damit die Haushalte der betroffenen Regionen/Mitgliedstaaten. Die International Labour Organisation (ILO) geht beispielsweise von einem Finanzbedarf von insgesamt 21 Mrd. € bis 2020 aus, um der akuten Krise in der Jugendbeschäftigung in Europa effektiv begegnen zu können.

Weitere Informationen: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1036&langId=de>

## Vorschläge zur Frauenquote

Der Beschäftigungsausschuss des Europäischen Parlaments hat sich am 9. Juli mit großer Mehrheit für den Vorschlag der Europäischen Kommission ausgesprochen, eine Frauenquote von 40 % für Aufsichtsräte von börsennotierten Unternehmen einzuführen. Für den Vorschlag im Parlament sind jedoch der Rechts- und der Frauenausschuss federführend. Diese werden voraussichtlich im Oktober ihr Votum abgeben und die Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses hierbei berücksichtigen.

Parallel hierzu hat sich der Rechts- und Frauenausschusses am gleichen Tag dafür ausgesprochen, auch kleine und mittelgroße Unternehmen unter den Anwendungsbereich der Richtlinie zu stellen. Des Weiteren soll die Ausnahmeregel der Richtlinie entfallen. Diese greift, wenn weniger als 10 % der Gesamtbelegschaft weiblich sind. Außerdem sollen härtere Sanktionen für Unternehmen, die sich nicht an die Quote halten, verhängt werden.

Darüber hinaus hat sich die Europäische Zentralbank intern auf eine Frauenquote geeinigt. Bis 2019 sollen mindestens 35 % der Posten im mittleren und oberen Management von Frauen besetzt werden. Das EZB-Direktorium ist allerdings nicht von dieser Regelung betroffen, da dessen Mitglieder weiterhin politisch bestimmt werden.

Pressemitteilung der Kommission (englisch):

[http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-13-672\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-672_en.htm)

Pressemitteilung der Europäischen Zentralbank:

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2013/html/pr130829.de.html>

## Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung

### Neuer Monitoringbericht zum 7. EU-Forschungsrahmenprogramm

Die Europäische Kommission hat Anfang August 2013 den sechsten Monitoring-Bericht zur Umsetzung des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms (FP7) veröffentlicht. Das 7. Forschungsrahmenprogramm ist das Hauptinstrument zur Förderung der Forschung in Europa, es bündelt alle forschungsverwandten EU-Initiativen. Das Programm hat eine Laufzeit von 2007 bis 2013 und ist mit einem Gesamtbudget von über 50 Mrd. € ausgestattet.

Der Bericht enthält Daten zur Beteiligung am Antragsverfahren und zu den geförderten Projekten: Demnach wurden im Zeitraum von 2007 bis 2012 auf 379 Ausschreibungen hin 113.000 Anträge eingereicht, an denen über 485.000 Organisationen und Einzelpersonen beteiligt waren. Mit insgesamt 105.000 Antragsstellern wurden schließlich über 20.000 Anträge verhandelt. Somit ergibt sich eine Erfolgsquote von 19 % bezüglich der gestellten Anträge.

Außerdem sind im Bericht Informationen zur Beteiligung einzelner Staaten und Regionen und zur Frauenbeteiligung zu finden, ebenso wie Ranglisten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. In der Top-50-Liste der Hochschulen sind mit dem Karlsruher Institut für Technologie (Platz 15), der Universität Stuttgart (Platz 30), der TU München (Platz 33), der RWTH Aachen (Platz 36), der TU Dresden (Platz 39) sowie der TU Berlin (Platz 50) sechs deutsche Hochschulen vertreten. In der Top-20-Liste der FP7-Beteiligungen von Forschungszentren ist an zweiter Stelle die deutsche Fraunhofer-Gesellschaft zu finden. Außerdem ist die Max-Planck-Gesellschaft (Platz 5), das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (Platz 9) und das Forschungszentrum Jülich (Platz 19) vertreten. Hervorzuheben ist, dass die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) und die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) in der Studie nicht nur an zweiter bzw. fünfter Stelle der europäischen Forschungszentren stehen, sondern auch Platz 2 (FhG) bzw. Platz 6 (MPG) im Ranking aller an FP7 teilnehmenden Organisationen und Regionen einnehmen. Von den in Deutschland tätigen Firmen belegt die Siemens AG Platz 1, die EADS Deutschland GmbH Platz 6 und die SAP AG Platz 7 bei der Einwerbung der Mittel.

Der komplette Bericht sowie die Vorjahresberichte (englisch):

[http://ec.europa.eu/research/evaluations/index\\_en.cfm?pg=fp7-monitoring](http://ec.europa.eu/research/evaluations/index_en.cfm?pg=fp7-monitoring)

### **Erfolgreiche Positionsbestimmung mit Galileo**

Galileo ist das Programm der Europäischen Kommission zur Bereitstellung eines globalen Satellitennavigationssystems unter europäischer ziviler Kontrolle. Wie mit dem US-amerikanischen Global Positioning System (GPS) kann mit Galileo die genaue Position in Raum und Zeit ermittelt werden, allerdings mit größerer Präzision und Zuverlässigkeit: Gegen Bezahlung soll ein Dienst bereitgestellt werden, der eine Genauigkeit von weniger als einem Meter bietet. Kostenfrei wird der so genannte „Offene Dienst“ zur Verfügung stehen, der eine Genauigkeit von unter vier Metern horizontal und unter acht Metern vertikal aufweisen soll. Das US-amerikanische GPS bietet hingegen nur eine Genauigkeit von 10 Metern horizontal und 35 Metern vertikal.

Galileo wird Ende 2014 in Betrieb genommen; es wird mit dem GPS-System und dem russischen Glonass kompatibel, aber dennoch von beiden unabhängig sein.

Ende Juli 2013 wurde vom Vizepräsidenten der Europäischen Kommission und Kommissar für Industrie und Unternehmertum, Antonio Tajani, ein erster Erfolg bekannt gegeben: Eine Test-Positionsbestimmung ist mit Hilfe der vier derzeit verfügbaren Satelliten erfolgreich verlaufen.

Die vier im Weltall stationierten Satelliten haben hochpräzise Daten zu Positionsbestimmungen von Schiffen, Fahrzeugen und Flugzeugen auf der Erde geliefert. Mit der exemplarischen Bestimmung der geografischen Länge und Breite sowie der Höhe wurde Ende Juli in Fucino (Italien) konkret nachgewiesen, dass das Satellitennavigationsprogramm exakte Positionsdaten für Navigationsgeräte in Kraftfahrzeugen oder für andere Empfangsgeräte bereitstellen kann. Bis Ende 2014 sollen für Galileo



18 Satelliten zur Verfügung stehen. Insgesamt werden 30 Satelliten in den nächsten Jahren gestartet und auf eine Höhe von etwa 23.000 Kilometer gebracht. Dies wird auch positive Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Entwicklungen im Bereich der Anwendungen von Satellitendiensten in Europa haben.

Weitere Informationen zu Galileo (englisch):

[http://ec.europa.eu/enterprise/policies/satnav/galileo/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/satnav/galileo/index_en.htm)

### **Innovationshauptstadt – iCapital – gesucht**

Zum ersten Mal wird europaweit die Hauptstadt der Innovation gesucht. Am 3. September 2013 rief die EU-Forschungskommissarin, Máire Geoghegan-Quinn, zur Bewerbung um den Titel „Innovationshauptstadt“ – auch ‚iCapital‘ – auf.

Sieben von zehn Europäerinnen und Europäern leben in Städten, in welchen zwei Drittel des gesamten EU-Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet werden. Demnach ist das städtische Umfeld wichtig für Forschung und Innovation. Laut Geoghegan-Quinn sollen nun die Städte ermuntert werden, sich noch stärker für Innovationen einzusetzen. Außerdem solle ein Netz von Städten geschaffen werden, die ihre besten Zukunftsideen austauschen.

Innovationen sind eine wesentliche Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit und stehen im Mittelpunkt der Strategie „Europa 2020“. Mit ihrer Forschungs-, Innovations- und Regionalpolitik hat die EU die intelligente und nachhaltige Stadtentwicklung stets verfolgt.

Der mit 500.000 € dotierte Preis soll die Stadt mit dem besten „Innovations-Ökosystem“ auszeichnen. Es geht um die Stadt in Europa, die ihre Bürgerinnen und Bürger, öffentliche Stellen, Hochschulen und Unternehmen am besten nachhaltig miteinander vernetzt. Dabei werden die Städte sowohl nach ihren bisherigen Initiativen und Leistungen, als auch nach ihren Zukunftspotentialen hinsichtlich der Innovationsfähigkeit bewertet.

Sie müssen nachweisen, dass sie (bereits seit 2010) eine Strategie verfolgen, die sich durch innovative Konzepte, Verfahren und Instrumente auszeichnet und die Bürgerinnen und Bürger einbezieht. Sie sollte eine Anziehungskraft auf Talente, Fördermittel und Investitionen ausüben und in die Strategie „Europa 2020“ integriert sein. Darüber hinaus sollte sie sich durch Interaktivität auszeichnen, d. h. mit anderen „Innovations-Ökosystemen“ vernetzt sein.

Die Bewerbung läuft bis zum 3. Dezember 2013 über ein Onlineportal, im Frühjahr 2014 wird ein unabhängiges Expertengremium die Preisträgerin auswählen.

Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen (englisch):

[http://ec.europa.eu/research/innovation-union/index\\_en.cfm?section=icapital](http://ec.europa.eu/research/innovation-union/index_en.cfm?section=icapital)



**Gutachterinnen im Forschungsrahmenprogramm – Neue Zahlen veröffentlicht**

Die Kontaktstelle „Frauen in die EU-Forschung“ (FiF) hat die Beteiligung von Wissenschaftlerinnen bei der Begutachtung von Anträgen im 7. EU- Forschungsrahmenprogramm untersucht: Die von der Europäischen Kommission veröffentlichten Zahlen für 2012 wurden nach Geschlecht ausgewertet. Aus dem Bericht geht hervor, dass im Jahr 2012 von insgesamt fast 12.000 europäischen Gutachtern und Gutachterinnen 29 % weiblich waren. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Gutachterinnen-Anteil damit um zwei Prozentpunkte gestiegen.

Insgesamt 1403 Gutachterinnen und Gutachter kamen 2012 aus deutschen Einrichtungen. Sie machen mit 15 % den größten Anteil aus. Von den Gutachtern deutscher Einrichtungen waren 290 weiblich und 1113 männlich. Damit hat sich der Frauenanteil bei deutschen Einrichtungen im Vergleich zum Vorjahr von 20 % auf 21 % erhöht. Zum Vergleich: Mit 60 % liegt der Anteil weiblicher Gutachter in Rumänien am höchsten, der Gutachterinnenanteil in den EU-27-Staaten liegt bei 29 %.

Von der Europäischen Kommission wird generell ein Gutachterinnenanteil von 40 % angestrebt. Dieser wurde 2012 in vier Bereichen erlangt: Erstmals in den Bereichen Gesundheit, NMP (Nanowissenschaften, Nanotechnologien, Werkstoffe und Produktionsverfahren) und Umwelt sowie in den Bereichen der Marie Curie-Fördermaßnahmen und bei den Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften. Mit 19 % weiblicher Gutachter ist der Frauenanteil beim Europäischen Forschungsrat (ERC) am niedrigsten.

Weitere Informationen: <http://www.eubuero.de/fif-gutachterinnen.htm>

**Europäische Technologieplattformen: Neues Arbeitsdokument**

Die Europäische Kommission hat im Juli 2013 ein Arbeitsdokument zur Strategie für Europäische Technologieplattformen (ETP) veröffentlicht. Europäische Technologieplattformen sind industriegeleitete Foren, in denen kurz- bis langfristige Forschungs- und Innovationspläne erstellt werden, die sich auf die nationalen Ebenen und die EU-Ebene beziehen. Für relevante Themen werden gemeinsam Strategien entwickelt, Forschungsakteure mobilisiert und gewonnene Ergebnisse durch die Foren verbreitet. Derzeit bestehen 40 ETP in den Bereichen biobasierte Wirtschaft, Umwelt, Energie, Informations- und Kommunikationstechnologien, Produktion und Prozesse und Transport. Außerdem gibt es themenübergreifende Plattformen.

Das neu veröffentlichte Arbeitsdokument präsentiert den aktuellen Stand und befasst sich mit den Aufgaben, Aktivitäten, der Governance und Förderung sowie den Kriterien für zukünftige ETP. Zudem behandelt es die Auswirkungen des Übergangs zu Horizont 2020 und die Beziehungen zu anderen Instrumenten.

Das Arbeitsdokument der Europäischen Kommission (englisch):

[ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/etp/docs/swd-2013-strategy-etp-2020\\_en.pdf](ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/etp/docs/swd-2013-strategy-etp-2020_en.pdf)

## Umwelt und Energie

### **Kommission schlägt Maßnahmen zum Schutz vor invasiven gebietsfremden Arten vor**

Die Europäische Kommission hat Anfang September einen Verordnungsvorschlag vorgelegt, der den Umgang mit invasiven gebietsfremden Arten besser regeln soll, da es einen entsprechenden EU-Rahmen bislang nicht gibt. Invasive Arten sind eine der Hauptursachen für das Artensterben und den Verlust von Biodiversität. Sie haben darüber hinaus negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung, so z. B. in der Landwirtschaft, der Fischerei oder der Forstwirtschaft; und können die Gesundheit der Bevölkerung gefährden.

Mit dem jetzt vorgelegten Vorschlag möchte die Kommission einen Rahmen für Maßnahmen zur Prävention und Abschwächung der negativen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen invasiver gebietsfremder Arten schaffen. Kernpunkt ist die Einführung einer Liste für das Gebiet der Europäischen Union, welche einfallende, gebietsfremde Arten umfasst. Bestimmte Arten sollen nach gründlicher Risikoabschätzung verboten werden, so dass Einfuhr, Erwerb, Verwendung, Freisetzung und Verkauf untersagt sind.

Der Gesetzesentwurf umfasst dabei präventive Maßnahmen zur Vermeidung absichtlicher und unabsichtlicher Einfuhr, Möglichkeiten zur Früherkennung und rascher Reaktion sowie der Kontrolle bereits fortgeschrittener Ausbreitungen bedenklicher gebietsfremder Arten.

Der Verordnungsentwurf des Europäischen Parlaments wird nun in Parlament und Rat diskutiert, wobei eine Umsetzung in der ersten Jahreshälfte 2014 angestrebt wird. Insbesondere die Mitgliedstaaten sollen laut Kommission hierbei intensiv in den Prozess der Erstellung der Liste sowie deren Umsetzung eingebunden werden.

Verordnungsvorschlag des Europäischen Parlaments und des Rates:

<http://ec.europa.eu/environment/nature/invasivealien/docs/proposal/de.pdf>

Weitere Informationen (englisch):

[http://ec.europa.eu/environment/nature/invasivealien/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/nature/invasivealien/index_en.htm)

## Gesundheit und Verbraucherschutz

### EU verbessert Pandemien-Frühwarn- und Reaktionssystem

Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, besser zur Vorbeugung und Bekämpfung grenzüberschreitender Gesundheitsbedrohungen wie z. B. des Coronavirus, des E-coli-Ausbruchs von 2011 oder der H1N1-Grippeepidemie von 2009 gerüstet zu sein. Das beschlossen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments bereits Anfang Juli. Damit ist ein Frühwarnsystem eingeführt, das den gemeinsamen Einkauf von Impfstoffen erleichtern soll. Weiterhin soll es im Krisenfall möglich sein, einen europaweiten Gesundheits-Notstand auszurufen.

Das neue Gesetz baut auf den Erfahrungen aus den vergangenen Krisen auf, so wie der Ausbruch von Infektionen durch Escherichia-coli-Bakterien von 2011, die Vulkanaschewolke über Europa in 2010 oder die 2009 durch das H1N1-Grippevirus verursachte Pandemie. Das aktuelle EU-System wird angepasst, um die Koordinierung zu verbessern und die Reaktionszeiten zu verringern.

Zudem soll ein gemeinsames Beschaffungsverfahren eingeführt werden, um den EU-Ländern zu ermöglichen, sich zum Einkauf von Arzneimitteln zusammenzuschließen. Damit soll ein fairerer Zugang zu Impfstoffen ermöglicht werden. Während der H1N1-Grippe-Pandemie im Jahr 2009 standen die Mitgliedstaaten im Wettbewerb, um die nur in begrenzten Mengen vorhandenen Impfstoffe zu erwerben.

Nach den neuen Vorschriften kann die Kommission formell eine Gesundheitskrise feststellen, um die Zulassung der zur Vorbeugung oder Behandlung nötigen Arzneimittel zu beschleunigen. Nach den bestehenden Regeln muss die EU abwarten, bis die Weltgesundheitsorganisation eine Gesundheitskrise von internationaler Bedeutung auf allen Kontinenten feststellt.

Da einige neuere Epidemien auf Virusstämme zurückzuführen sind, die ursprünglich von Schweinen oder Vögeln stammen, soll der Gesetzentwurf auch gewährleisten, dass die Bereitschafts- und Reaktionsplanung im Gesundheits- sowie dem Veterinärsektor interoperabel werden.

In dem Text wird zudem hervorgehoben, dass das System transparent funktionieren muss. Konsultierte Experten sollten alle Tatsachen darlegen, die möglicherweise mit mittelbaren oder unmittelbaren Interessen verbunden sind, die als ihre Unabhängigkeit beeinträchtigend gelten könnten.

Weitere Informationen:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20130701IPR14764/html/Pandemien-EU-verbessert-ihr-Fr%C3%BChwarn-und-Reaktionssystem>

### **Tabakrichtlinie: Jugendschutz und Kennzeichnungspflicht**

Der Gesundheitsausschuss des Europäischen Parlaments legte am 10. Juli seinen Standpunkt zu den nun eingeläuteten Trilog-Verhandlungen zur Tabakrichtlinie fest. Verboten werden sollen Zusatzstoffe und Geschmacksverstärker, die ein Produkt vermeintlich attraktiver machen und junge Menschen zum Rauchen heranzuführen, wie beispielsweise Menthol-Zusätze. Zudem sollen nach dem Willen des Parlamentes die Gesundheitswarnungen drei Viertel der Packung bedecken und auf der Vorder- und Rückseite zu sehen sein. „Leichte“ Zigaretten dürften nicht als weniger gefährlich deklariert werden. Zigaretten, deren Durchmesser kleiner ist als 7,5 mm oder deren Packung weniger als 20 Zigaretten enthalten, dürften nicht mehr verkauft werden. E-Zigaretten dürften nur noch als medizinische Produkte verkauft werden. Da E-Zigaretten helfen könnten, das Rauchen aufzugeben, sollen die EU-Länder sicherstellen, dass man sie auch außerhalb von Apotheken kaufen kann.

Ursprünglich war die Abstimmung im Parlamentsplenum für den 10. September angesetzt, allerdings votierten die Fraktionsvorsitzenden von der EVP/Europäische Volksparteien, ALDE/Liberale Allianz und ECR/Europäische Konservative für eine Verschiebung auf den 8. Oktober. Dies führte zu zum Teil heftiger Kritik seitens Abgeordneten von S&D sowie den Grünen, welche hinter der Verschiebung den Einfluss der Tabaklobby vermuteten.

Weitere Informationen (englisch):

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20130708IPR16824/html/Public-Health-Committee-MEPs-toughen-up-plans-to-deter-young-people-from-smoking>

### **Verhandlungsstand über die Medizinprodukte-Verordnung**

Die ambitionierte Orientierungsabstimmung zur geplanten Medizinprodukte-Verordnung im federführenden Gesundheitsausschuss, die für den 10. Juli vorgesehen war, wurde nunmehr auf den 18. September verschoben. Der ursprüngliche Termin war aufgrund einer fehlenden Kompromisslösung abgesagt worden.

Das von der Berichterstatterin Dagmar Roth-Behrendt (SPE/ Deutschland) vorgeschlagene zentralisierte Zulassungssystem für Hochrisiko-Produkte wird zwar u. a. von der Deutschen Sozialversicherung unterstützt, stößt aber bei einer Vielzahl von Akteuren, insbesondere der Europäischen Volkspartei (EVP), auf Widerstand. Insbesondere die Frage nach dem Benennungsverfahren der "Benannten Stellen", die eine Konformitätsbewertung für Produkte der Klasse III vornehmen dürfen, ist noch umstritten.

Ebenso wurde im Rat zum Verordnungsvorschlag lediglich ein Fortschrittsbericht vorgelegt. Eine gemeinsame Position der Ratsmitglieder liegt damit noch nicht vor.

Der EU-Gesundheitskommissar Tonio Borg sprach sich erneut gegen ein zentralisiertes Zulassungsverfahren für Medizinprodukte aus.

Bei den weiteren Beratungen im Gesundheitsausschuss drängt die Zeit, soll noch eine Abstimmung über den Verordnungsvorschlag vor Ablauf der Legislaturperiode im Mai 2014 erreicht werden. Über 900 Änderungsanträge der Abgeordneten des Europäischen Parlaments zum Dossier müssen abgestimmt werden. In den nächsten Wochen sollen die Kompromissänderungsanträge veröffentlicht werden, auf deren Basis die Abstimmung im Gesundheitsausschuss dann stattfindet.

Entwurf des Berichts von Dagmar Roth-Berendt über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Medizinprodukte:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-507.972+02+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

### **Neue Informationspflicht bei Kosmetika in Kraft**

Bereits seit dem 10. Juli gelten neue Anforderungen an die Verbraucherschutzinformationen auf Kosmetika, die in der EU hergestellt oder vertrieben werden. Dadurch sollen die Sicherheit und das Vertrauen der Verbraucher in die Produkte gestärkt werden. Zu den Maßnahmen gehören strengere Anforderungen an die zu erstellenden Sicherheitsberichte, die Nennung einer für das Produkt verantwortlichen Stelle, eine zentrale Notifizierungsdatei, die z. B. wichtige Informationen für Giftnotrufstellen enthält, oder erstmals eine Regulierung von Nanomaterialien. Zusätzlich müssen Werbeaussagen für Kosmetika zukünftig bestimmte Anforderungen an ihre Korrektheit und Überprüfbarkeit erfüllen.

Zu den kosmetischen Mitteln gehören nicht nur Make-Up, Parfüm und Aftershave, sondern auch Produkte, die von entscheidender Bedeutung für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Verbraucherinnen und Verbraucher sind, wie beispielsweise Sonnencreme, Zahnpasta und Reinigungsprodukte.

Die neue Kosmetikverordnung, die bereits 2009 verabschiedet wurde, trat nun am 11. Juli 2013 nach Ablauf einer Übergangsfrist in Kraft, die es der Branche erlauben sollte, sich an die neuen Vorschriften anzupassen. Die ersten europäischen Rechtsvorschriften über kosmetische Mittel wurden schon vor 35 Jahren erlassen und sind damit insgesamt sieben Mal überarbeitet worden.

Weitere Informationen: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-677\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-677_de.htm)

## Neues Symbol auf Beipackzetteln und Medikamenten

Bestimmte Medikamente werden seit dem 1. September mit einem neuen Symbol gekennzeichnet. Ein auf der Spitze stehendes schwarzes Dreieck soll dabei helfen Arzneimittel besser zu überwachen. Insbesondere Patienten sollen hierbei stärker involviert werden, beispielsweise durch das Melden von Nebenwirkungen.

Kennzeichnungspflichtig sind erstens Arzneimittel, die nach dem 1. Januar 2011 zugelassen wurden und einen neuen Wirkstoff enthalten, zweitens biologische Arzneimittel (bspw. Impfstoffe oder aus Plasma gewonnene Medikamente) die nach dem 1. Januar 2011 zugelassen wurden und drittens Arzneimittel, deren Zulassung bestimmten Konditionen unterliegt und weiterführend zusätzlicher Daten bedarf.

Der Begleittext enthält zusätzlich den Hinweis, sich bei Nebenwirkungen an die nationalen Behörden zu wenden. Das Zeichen dient somit als zusätzliches Instrument zur Überwachung und Kontrolle von Medikamenten nach der Markteinführung.

Weitere Informationen (englisch):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-172\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-172_en.htm)

## Bildung und Jugend

### EU-Wettbewerb „Juvenes Translatores“

Die Europäische Kommission hat am 2. September 2013 ihren jährlichen Wettbewerb „Juvenes Translatores“ gestartet, mit dem die besten Nachwuchsübersetzer gesucht werden. Mitmachen dürfen alle Schülerinnen und Schüler des Geburtsjahrgangs 1996. Bis zum 20. Oktober 2013 dürfen die einzelnen Schulen bis zu fünf Teilnehmer anmelden.

Thema des Wettbewerbstextes sind anlässlich des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger 2013 die Vorteile, die die Unionsbürgerschaft den Bürgern bietet. Die Schülerinnen und Schüler übersetzen einen Text von einer der 24 EU-Amtssprachen in eine andere, wobei sie die Ausgangs- und Zielsprache frei wählen können. Der Übersetzungswettbewerb wird am 28. November 2013 an allen ausgewählten Schulen gleichzeitig durchgeführt.

Die Preisverleihung findet am 8. April 2014 in Brüssel statt. Für jedes Land werden eine Siegerin oder ein Sieger der Übersetzerinnen und Übersetzer von der Europäischen Kommission ausgewählt.

Anmeldeformular und Informationen zu den Teilnahmebedingungen:

[http://ec.europa.eu/translatores/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/translatores/index_de.htm)



## Initiative „Die Bildung öffnen“ – Vermittlung digitaler Kompetenzen an Schulen und Hochschulen

Die Europäische Kommission hat am 25. September 2013 eine Mitteilung zum Thema „Die Bildung öffnen“ veröffentlicht. Darin wird eine gemeinsame Initiative der EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, Androulla Vassiliou, und der für die Digitale Agenda zuständigen Kommissionsvizepräsidentin Neelie Kroes vorgestellt. Die Initiative hat drei Schwerpunkte:

- Schaffung von Innovationschancen für Einrichtungen, Lehrkräfte und Lernende,
- intensivere Nutzung frei zugänglicher Lehr- und Lernmaterialien, wobei sicherzustellen ist, dass alle aus öffentlichen Haushalten finanzierten Lehrmittel für jeden zugänglich sind,
- Verbesserung der IKT-Infrastrukturen in den Schulen.

Die Initiative wurde aus verschiedenen Gründen ins Leben gerufen:

- Zwischen 50 und 80 % der Schüler und Studierenden in der EU benutzen nie digitale Lehrbücher, Übungssoftware, Videos/Podcasts, Simulationen oder Lernspiele. Die meisten Lehrkräfte der Primar- und Sekundarstufe halten sich selbst nicht für „digital versiert“ oder in der Lage, digitale Kompetenzen wirksam zu vermitteln. In Lettland, Litauen und der Tschechischen Republik haben mehr als 90 % der Schülerinnen und Schüler einen Internetzugang in der Schule, in Griechenland und Kroatien nur rund 45 %.
- Auch die Hochschulbildung steht vor einer digitalen Herausforderung: Da die Zahl der Studierenden in der EU in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich beträchtlich steigen wird, müssen die Hochschulen ihre klassischen Lehrmethoden aktualisieren und eine Kombination aus Präsenzphasen und Online-Angeboten wie MOOC (Massive Open Online Courses – offene Online-Kurse mit sehr vielen Teilnehmern) vorsehen, die den Studierenden den Zugang zur Bildung jederzeit an jedem Ort und mit jedem Gerät ermöglichen. Viele Hochschulen sind jedoch für diesen Wandel nicht bereit.

Unterstützend zu dieser Initiative wurde von der Kommission die neue Webseite [Open Education Europa](#) präsentiert, auf der Studierende, Anwender und Bildungseinrichtungen frei verwendbare Lehr- und Lernmaterialien austauschen können.

Projekte im Zusammenhang mit der Initiative „Die Bildung öffnen“ werden ab 2014 durch Erasmus+, das neue EU-Programm für die allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, Horizont 2020, das neue Forschungs- und Innovationsprogramm, sowie die EU-Strukturfonds gefördert. Erasmus+ beispielsweise bietet Unterstützung für Bildungsträger, die ihre Geschäftsmodelle an den technischen Wandel anpassen und die berufliche Entwicklung der Lehrkräfte mithilfe frei zugänglicher Online-Angebote fördern. Alle durch Erasmus+ kofinanzierten Lehrmittel werden dank offener Lizenzen für die breite Öffentlichkeit zugänglich sein.

Die Mitteilung der Kommission (englisch):

[http://ec.europa.eu/education/news/doc/openingcom\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/news/doc/openingcom_en.pdf)



## Bremen und Europa

### **Von „Lissabon“ bis „Währungskrise“ – Die Europäische Union erfolgreich vermitteln! Fortbildung für Politiklehrer/-innen an Schulen im Land Bremen**

Die Fortbildung "Von ‚Lissabon‘ bis ‚Währungskrise‘ - Die Europäische Union erfolgreich vermitteln!" bringt Politiklehrerinnen und -lehrern fachwissenschaftlich und fachdidaktisch auf den neuesten Stand der EU-Bildung. Die Fortbildung wurde an der Universität Göttingen entwickelt, ist methodisch und inhaltlich abwechslungsreich und verspricht viele Impulse, konkrete Ansätze und Methoden zur Umsetzung im Unterricht. Der fachwissenschaftliche Teil der Fortbildung konzentriert sich auf die Neuerungen durch den Vertrag von Lissabon, die Problemstellungen des so genannten „Demokratiedefizits“ der EU sowie auf die „Eurokrise“ – das Phänomen, seine Ursachen und vorgeschlagene Lösungsmöglichkeiten. Der fachdidaktische Teil umfasst neben den Zielen der politischen EU-Bildung insbesondere Zugänge ihrer erfolgreichen Vermittlung, wobei im Unterricht einsetzbare Methoden teilweise selbst erprobt werden.

Die Referentin, Prof. Dr. Monika Oberle, ist seit Oktober 2011 als Juniorprofessorin für Politikwissenschaft/Didaktik der Politik an der Universität Göttingen tätig.

Ort: EuropaPunktBremen

Zeit: 31. Oktober 2013, 9-17 Uhr

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Dr. Katja Eichler, Europaabteilung bei der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa, Telefon: 0421-361-10841 oder per E-Mail: [katja.eichler@europa.bremen.de](mailto:katja.eichler@europa.bremen.de)

Anmeldung und weitere Informationen: [www.lis.bremen.de/fortbildung](http://www.lis.bremen.de/fortbildung)

### **Fortbildung für Lehrkräfte an Bremer Schulen (Sek. 1) „CEuS macht Schule“: Ein Bremer Projekt für mehr Europa im Unterricht**

Das an der Universität Bremen entwickelte Projekt „CEuS macht Schule“ (CEUMS) bietet neue und bereits erprobte Unterrichtsmodule, die je nach Schulstufe und -form angepasst werden können (ab Sek I). Die alltagsnah und praxistauglich aufgearbeiteten Module reichen von Themen wie Institutionenkunde über Landwirtschaftspolitik bis hin zu Europäischen Bürgerschaftsrechten. Im Zentrum der Fortbildung stehen die CEUMS-Unterrichtsmaterialien und die Frage, wie diese eingesetzt, ergänzt und für die eigenen Bedürfnisse angepasst werden können. Darüber hinaus werden mit den Kursteilnehmenden weitere Formen des europapolitischen Engagements an Schulen entwickelt, die auch außerhalb des Politik-, Geschichts- oder Geografieunterrichts stattfinden können. Die Fortbildung wird sehr praxisorientiert gestaltet und den Teilnehmenden viele Impulse und Materialien bieten, die direkt in den Unterricht mitgenommen werden können.

Referentin: Dr. Henrike Müller (Universität Bremen)

Ort: EuropaPunktBremen

Zeit: 20. November 2013, 15-18 Uhr

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Dr. Katja Eichler, Europaabteilung bei der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa, Telefon: 0421-361-10841 oder per Email: [katja.eichler@europa.bremen.de](mailto:katja.eichler@europa.bremen.de)

Anmeldung und weitere Informationen:

[www.lis.bremen.de/fortbildung](http://www.lis.bremen.de/fortbildung)

<http://www.ceusmachtschule.de/>

## Redaktion

Über Ihre Anregungen zu den EU-INFORMATIONEN und eigene Beiträge freuen wir uns. Wir bitten bereits jetzt um Ihr Verständnis für mögliche Textkürzungen oder -änderungen, wenn diese aus redaktionellen Gründen unvermeidlich sind. Bitte richten Sie Ihre Beiträge an:

Meike Pecat

c/o Die Bevollmächtigte beim Bund und für Europa  
Abteilung Europa und Entwicklungszusammenarbeit  
Ansgaritorstr. 22  
28195 Bremen

Tel.: +49 421 361-14079

Fax: +49 421 496-96877

E-Mail: [meike.pecat@europa.bremen.de](mailto:meike.pecat@europa.bremen.de)

Internet: [www.europa.bremen.de](http://www.europa.bremen.de)

Ältere Ausgaben der EU-INFORMATIONEN finden Sie im Archiv auf [www.europa.bremen.de](http://www.europa.bremen.de).

## Bereich Europa

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Europa in Brüssel und Bremen sind unter folgenden Tel.-Nr. bzw. E-Mail-Adressen zu erreichen:

Name/Zuständigkeit	Telefon	E-Mail
<b>Christian Bruns</b> Leiter der Vertretung bei der EU und Leiter der Abt. EU u. Entwicklungszusammenarbeit	+32 2 230-2765	<a href="mailto:Vertretung@Bremen.be">Vertretung@Bremen.be</a>
<b>Büro Brüssel</b>		
<b>Hélène Tabourot</b> Büroleitung, Verwaltung und Sekretariat	+32 2 230-2765	<a href="mailto:Vertretung@Bremen.be">Vertretung@Bremen.be</a>
<b>Eva Berling</b> Sachbearbeitung, Veranstaltungen	+32 2 282-0075	<a href="mailto:Berling@bremen.be">Berling@bremen.be</a>
<b>Sybill Pauckstadt</b> Justiz, Inneres, Medien, Sport, EU-Erweiterung, GASP	+32 2 282-0072	<a href="mailto:Pauckstadt@bremen.be">Pauckstadt@bremen.be</a>
<b>Maïke Frese</b> Wirtschaft, Häfen, Finanzen, Entwicklungszus.arbeit	+32 2 282-0078	<a href="mailto:Frese@Bremen.be">Frese@Bremen.be</a>
<b>Marcel Kreykenbohm</b> Soziales, Kinder, Jugend, Frauen, Arbeit, Gesundheit	+32 2 282-0077	<a href="mailto:Kreykenbohm@bremen.be">Kreykenbohm@bremen.be</a>
<b>Dr. Martina Hilger</b> Wissenschaft, Forschung, Kultur	+32 2 282-0073	<a href="mailto:Hilger@Bremen.be">Hilger@Bremen.be</a>
<b>Constanze Ripke</b> Bildung, AdR, Veranstaltungen in der Vertretung	+32 2 282-0076	<a href="mailto:Ripke@Bremen.be">Ripke@Bremen.be</a>
<b>Torsten Raff</b> Ständiger Vertreter des Abt.-Leiters in Brüssel, Umwelt, Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	+32 2 282-0070	<a href="mailto:Raff@Bremen.be">Raff@Bremen.be</a>
<b>Büro Bremen</b>		
<b>Nicole Schraven</b> Sekretariat und Verwaltung	+49 421 361-4238	<a href="mailto:Nicole.Schraven@europa.bremen.de">Nicole.Schraven@europa.bremen.de</a>
<b>Svetlana Herter</b> Sachbearbeitung Europaministerkonferenz und allg. EU- Angelegenheiten	+49 421 361-10135	<a href="mailto:Svetlana.Herter@europa.bremen.de">Svetlana.Herter@europa.bremen.de</a>
<b>Meike Pecat</b> Ausschuss der Regionen, EU-Informationen	+49 421 361-14079	<a href="mailto:Meike.Pecat@europa.bremen.de">Meike.Pecat@europa.bremen.de</a>
<b>Hans-Joachim Schröder</b> Europaministerkonferenz, Arbeitskreis d. EU-Referenten	+49 421 361-8532	<a href="mailto:Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de">Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de</a>
<b>Dr. Katja Eichler</b> Informations- u. Öffentlichkeitsarbeit, EU-Fortbildung, EU in der Schule	+49 421-361-10841	<a href="mailto:Katja.Eichler@europa.bremen.de">Katja.Eichler@europa.bremen.de</a>
<b>Horst Seele-Liebetanz</b> Leitung EuropaPunktBremen, Fördermittelberatung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	+49 421 361-8995	<a href="mailto:Horst.Seele@europa.bremen.de">Horst.Seele@europa.bremen.de</a>
<b>Katharina Köhler</b> Ständige Vertreterin des Abt.-Leiters in Bremen, Europa- recht, Brem. Bürgerschaft (IBE-Ausschuss), Senatsan- gelegenheiten	+49 421 361-15682	<a href="mailto:Katharina.Koehler@europa.bremen.de">Katharina.Koehler@europa.bremen.de</a>
<b>Claudia Elfers</b> Bremer EU-Projekte u. -Netzwerke, Interregionale Zu- sammenarbeit, Fairer Handel	+49 421 361-16882	<a href="mailto:Claudia.Elfers@europa.bremen.de">Claudia.Elfers@europa.bremen.de</a>
<b>Pia Menning</b> Leitung der Geschäftsstelle der Europaministerkonferenz	+49 421 361-2878	<a href="mailto:Pia.Menning@europa.bremen.de">Pia.Menning@europa.bremen.de</a>

Vielen Dank an die Praktikanten **Banuja Apputhurai, Katharina Redanz und Julian Limberg** für die Mitwirkung an einzelnen Artikeln in dieser Ausgabe.